



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 7. Oktober 2016

„Thema muss weitsichtiger diskutiert werden“

Reinhardt kritisiert „Tunnelblick“ bei Debatte um Einführung einer Bürgerversicherung

Vor dem Hintergrund einer aktuell publizierten Umfrage der IG-Metall zur Akzeptanz einer Bürgerversicherung bei gleichzeitiger Abschaffung der Privaten Krankenversicherung (PKV) hat der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, dazu aufgerufen, die Diskussion um dieses Thema in den nächsten Monaten statt mit dem üblichen Tunnelblick weitsichtiger und vielschichtiger zu führen. „Je näher die Bundestagswahl 2017 rückt, desto häufiger werden uns von Befürwortern der Bürgerversicherung Umfragen präsentiert werden, bei denen sich – je nach Fragestellung – klare Mehrheiten für eine von SPD, Grünen und Linken favorisierte Bürgerversicherung finden“, sagte Reinhardt. Deshalb sei es wichtig die Debatte um eine Einheitsversicherung nicht eindimensional und mit eingengtem Blick auf Aspekte wie vermeintliche Solidarität und angebliche Gerechtigkeit zu führen.

Zur Seriosität derartiger Befragungen gehöre der Hinweis, dass sich durch den Wegfall der Säule „Private Krankenversicherung“ das Gesundheitswesen insgesamt erheblich verändern werde. „Es kann doch auch von politisch interessierter Seite nicht geleugnet werden, dass die PKV einen wesentlichen Anteil an der Sicherung von wichtigen Strukturen unseres Gesundheitssystems hat. Sie ist immer wieder Motor für Innovationen, die auch den gesetzlich Versicherten zugutekommen, sagte Reinhardt.“ Es liege nicht zuletzt auch an den wichtigen Akteuren des Gesundheitssystems, dies Patienten und Versicherten vor Augen zu führen und darauf

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-14
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstraße 132
10785 Berlin

Internet: www.hartmannbund.de

Gläubiger-ID
DE48 1000 0000 3900 15
Deutsche Apotheker-
und Ärztebank eG Düsseldorf
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18
BIC DAAEDEDXXX
Ust.-Nr.: 27/620/56879

hinzuweisen, dass auch für gesetzlich Versicherte die Abschaffung der PKV nicht ohne Qualitäts- und Strukturverluste zu machen sei. „Dann sehen auch die Ergebnisse künftiger Umfragen anders aus“, ist sich Reinhardt sicher. Debatten um das Für und Wider der PKV auf Basis derartig rudimentärer Fragestellungen zu führen, werde in jedem Fall der wirklichen Herausforderung einer Reform unseres Gesundheitswesens in keiner Weise gerecht.